

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A)

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1851 (2008) vom 16. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009, 1950 (2010) vom 23. November 2010, 2020 (2011) vom 22. November 2011 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der VN in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 10. November 2008, dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der EU vom 8. Dezember 2009, dem Beschluss 2010/437/GASP des Rates der EU vom 30. Juli 2010, dem Beschluss 2010/766/GASP des Rates der EU vom 7. Dezember 2010 und dem Beschluss 2012/174/GASP des Rates der EU vom 23. März 2012

– Drucksache 17/9339 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Rechtsausschuss
Verteidigungsausschuss

(B)

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Vorgesehen ist es, hierzu eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Auch dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das ebenfalls beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Der Kollege Dr. Rainer Stinner hat jetzt für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Mandat für die Antipiraterieoperation Atalanta ist von all den Mandaten, die wir hier im Deutschen Bundestag verabschieden, das mit Abstand in der Bevölkerung populärste Mandat. Es ist verständlich, dass wir als Staat nicht zulassen wollen und können, dass böse Buben zur See unsere Schiffe angreifen, kapern, Geiseln nehmen und für ihre Freilassung Geld verlangen. Das versteht jeder im Lande, jeder auf den Bühnen und jeder hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es gibt ein jahrtausendaltes Seegewohnheitsrecht und ein langjähriges Seevertragsrecht, das uns ermäch-

tigt, gegen Piraten vorzugehen. Genau das tun wir. Die Mär, die anfangs gestreut worden ist, es handle sich bei den Piraten um arme Fischer, denen die Ernährungsgrundlage entzogen worden ist, hat sich mittlerweile wirklich als Mär erwiesen. Spätestens jetzt, wo die Fischbestände aufgrund der Piraterie wieder deutlich angewachsen sind, könnten diese armen Piraten wieder Fischer werden. Das tun sie natürlich nicht. Denn hinter der Piraterie steckt mittlerweile ein voll durchorganisiertes kriminelles Netzwerk, eine kriminelle Organisation, die wir bekämpfen müssen und wollen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit 2008 hat der Bundestag entsprechende Mandate verabschiedet und damit die Bundeswehr ermächtigt, sich im Rahmen einer europäischen Mission an der Bekämpfung der Piraterie zu beteiligen. Ich habe anfangs kritisiert, dass die Bundeswehr nach meinem Dafürhalten die Ermächtigung, die wir ihr gegeben haben, nicht vollumfänglich ausgenutzt hat; man hätte mehr machen können. Ich bin sehr erfreut, festzustellen, dass es im letzten Jahr auf europäischer Ebene eine Änderung des Operationsplans gegeben hat und deshalb die Soldaten aller beteiligten europäischen Staaten, auch unsere Soldaten, noch energischer gegen Piraten vorgehen können; das ist richtig und wichtig.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Robert Hochbaum [CDU/CSU])

Es gibt im Kampf gegen Piraterie natürlich Fortschritte. Die Zahl der erfolgreichen Kaperungen ist dramatisch gesunken. Ich gestehe zu bzw. erkläre: Das ist zum großen Teil deswegen der Fall, weil die Schiffe zunehmend von bewaffneten Personen begleitet werden, die Piratenangriffe abwehren. Die Zahl der erfolgreichen Kaperungen ist zwar gesunken – das ist ein Erfolg –; aber das Problem ist noch längst nicht gelöst.

Nun haben wir durch unsere Aufklärung entdeckt, dass am Strand Boote liegen, zum Teil über Tage und Wochen hinweg, die genutzt werden, um Piratenakte zu begehen. Es ist für uns nicht plausibel, dass wir bei Hunderten von Schiffen, die in diesen Gewässern fahren, mit großem Aufwand versuchen, auf See irgendetwas zu regeln und zu identifizieren, wer der Böse und wer der Gute ist, wenn wir gleichzeitig sehen, dass sich die Piraten an Land vorbereiten und an Land liegende Boote einsetzen. Deshalb gibt es den Wunsch, dieses Mandat zu erweitern.

Keiner von uns gibt sich Illusionen hin: Das ist nicht der große Wurf, der die Welt total verändert. Nein, es ist eine sinnvolle Ergänzung, weil wir gesehen haben: Da liegt Material an Land. Wenn es uns gelingt, dieses Material unbrauchbar zu machen, dann erschweren wir es den Piraten nachhaltig – wir beseitigen damit die Piraterie nicht –, ihrer „Arbeit“ nachzugehen. Deshalb ist eine entsprechende Ergänzung dieses Mandates wichtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Mandatstext, den Sie alle vorliegen haben, enthält zwei geringfügige Erweiterungen. Unter Nr. 2 wird

Dr. Rainer Stinner

- (A) erstens darauf hingewiesen, dass der Auftrag für die Küste und für innere Gewässer gilt. Zweitens wird das Einsatzgebiet zur Piratenverfolgung neu definiert, und zwar von der Küste 2 000 Meter ins Landesinnere.

Wir haben im Rahmen der Diskussionen, die zu diesem Mandatsantrag geführt haben, Gespräche mit der Bundesregierung geführt, in denen wir einige Bedingungen gestellt haben.

Erstens. Es darf unter keinen Umständen um Gefechte mit Piraten gehen. Es soll also keine Kampfhandlungen an der Küste geben. Vielmehr geht es um die Logistik, also beispielsweise um Boote, die unbewacht und ohne Personal am Strand liegen und unbrauchbar gemacht werden sollen.

Zweitens. Wir haben gefordert: Keine Soldaten an Land. Der Fachterminus ist: No boots on the ground. Auf unsere Nachfrage, ob Flossen auch Boots sind, wurde gesagt: Jawohl, Flossen sind auch Boots. – Das heißt: Kein deutscher Soldat betritt somalischen Boden. Das ist uns zugesagt worden. Es steht auch im Mandatstext eindeutig drin.

Drittens. Wir wollen die Sicherheit der Soldaten gewährleisten, das heißt, dass unseren Hubschrauberbesatzungen, die die Mission ausführen, in dem Fall, dass ihnen doch etwas passieren sollte, geholfen wird. Auch das ist uns zugesagt worden.

- (B) Letztlich haben wir erwartet, dass die Bundesregierung ein offenes, klares und transparentes Mandat vorlegt. Wir Abgeordnete wollen nicht, dass wir aufgrund von Geheimhaltungspflichten in Bezug auf den Operationsplan gezwungen sind, unsere Soldaten irgendwo anders hinschicken. Deshalb hat die Bundesregierung zu Recht für deutsche Soldaten das Einsatzgebiet auf eine Breite von 2 000 Metern beschränkt. Das Mandat ist offen, es ist transparent, und es ist richtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir alle aber wissen, dass auch in diesem Falle gilt, was überall gilt: Militär löst das Problem nicht. Deshalb ist es so wichtig, dass wir weitergehende einschneidende Maßnahmen vornehmen. Das ist der Fall. Deutschland beteiligt sich an weitreichenden nichtmilitärischen Maßnahmen. Wir haben eine Kooperation mit der Übergangsregierung in Somalia. Wir haben am 11. November 2011 den strategischen Rahmen für das Horn von Afrika verabschiedet. Wir haben aktiv teilgenommen an der Somalia-Konferenz vom 23. Februar dieses Jahres in London. Wir leisten erhebliche humanitäre Hilfe in Somalia. Wir unterstützen die Mission der Afrikanischen Union. Wir ermöglichen im Rahmen einer Kooperation mit UNODC die Ausbildung im Polizei-, Gerichts- und Gefängniswesen in Puntland und Somaliland.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Stinner, Frau Buchholz würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Ich möchte Ihnen die Möglichkeit geben, diese zuzulassen, bevor die Zeit abgelaufen ist.

Dr. Rainer Stinner (FDP):
Frau Buchholz? Bitte schön, gerne.

(C)

Christine Buchholz (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Kollege Stinner. – Sie haben gesagt: Alles ist transparent, alles ist offen. Können Sie mir bestätigen, dass im Operationsplan, der in der Geheimschutzstelle liegt und damit nicht allen Abgeordneten zugänglich ist, tatsächlich ausgeschlossen ist, dass es das Ziel der Operation sein könnte, dass auch Personen zu Schaden kommen?

(Zuruf von der FDP: Das habe ich nicht verstanden!)

Dr. Rainer Stinner (FDP):
Die Frage habe ich nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christine Buchholz (DIE LINKE):

Dann werde ich sie gerne noch einmal formulieren: Der Operationsplan liegt in der Geheimschutzstelle aus und ist somit der geneigten Öffentlichkeit nicht zugänglich. Damit alle wissen, worüber sie in der nächsten Sitzungswoche abstimmen müssen, wollte ich Sie fragen, ob im Operationsplan, den Sie bestimmt kennen, ausgeschlossen ist, dass sich die Operation auch gegen Personen richtet. Ist es eventuell doch möglich – wir wissen es nicht –, dass er sich vielleicht auch gegen Personen – konkret: gegen Piraten – richten soll?

(D)

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Das Mandat, das wir heute verabschiedet, ist klar und eindeutig. Der Auftrag ist klar und eindeutig definiert, und aus diesem Auftrag geht klar und eindeutig hervor, was die Aufgabe der Bundeswehr ist. Daran wird sich die Bundeswehr halten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Da gibt es keine Änderung!)

Es gibt einen Punkt, den wir bisher noch nicht ausführlich genug betrachtet haben: das systematische Aufspüren und Verfolgen von Hintermännern der Piraterie,

(Beifall der Abg. Birgit Homburger [FDP])

und zwar nicht nur unmittelbar in Somalia, sondern auch in angrenzenden Ländern. Ich weiß, dass die Bundesregierung hier schon einiges macht, aber ich fordere sie trotzdem auf, ihre Bemühungen in diesem Bereich noch zu intensivieren; denn erst in den letzten Monaten sind im Rahmen einer Combined-Joint-Task-Force-Organisation mit den Holländern einige wichtige Schritte unternommen worden. Das war zu spät, aber immerhin ist dort etwas gemacht worden.

Wir fordern Sie auf, hier mehr zu machen; denn wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen: Wenn es uns nicht gelingt, das kriminelle Netzwerk zu zerschlagen und dafür zu sorgen, dass Piraterie kein Geschäft mehr ist, werden wir langfristig – da können wir an Land und auf

Dr. Rainer Stinner

- (A) See noch so effizient gegen die Piraterie arbeiten – nicht erfolgreich sein. Deshalb ist das auch hier in diesem Fall der Hebel für den Erfolg. Ein weiteres Mal geht es nicht um Militär, sondern um andere Dinge, die wir machen müssen; aber das Militär liefert einen sinnvollen und wertvollen Beitrag. Das unterstützen wir. Wir fordern auch Sie auf, dem zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Es spricht der Kollege Dr. Rolf Mützenich für die SPD-Fraktion.

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fünf Monaten, am 23. November letzten Jahres, erklärte der Außenminister an diesem Pult:

Die Pirateriebekämpfung vor dem Horn von Afrika durch Atalanta ist nicht nur breit in diesem Hause getragen, sondern sie ist auch erfolgreich.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dieser Satz illustriert sehr gut, um was es heute geht und was Sie ohne Not vorhaben. Sie provozieren mit einem erweiterten Auftrag neue zusätzliche Risiken und wirken zugleich eine breite Mehrheit in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(B)

Ich finde, das, was Sie an dieser Stelle heute erläutert haben, ist es nicht wert, auf diese breite Mehrheit zu verzichten.

Herr Kollege Stinner, mit Verlaub: Ich weiß nicht, ob Sie allein mithilfe der Aufklärung zu der Erkenntnis gekommen sind, dass es am Strand Boote gibt, die von Piraten genutzt werden. Selbst mir als Kölner fällt es leicht, mir vorzustellen, dass das eine oder andere Boot den Strand erreicht, was von Piraten genutzt wird.

Man hat bei Ihrer Argumentation gemerkt, wie unangenehm Ihnen dieser Punkt ist. Der entscheidende Punkt, den Sie hier eben nicht erwähnt haben, ist aber: Die Atalanta-Operation, die im Deutschen Bundestag immer breit getragen wurde, hat immer mehr eine abschreckende Wirkung entfaltet. Alle Hilfskonvois des Welternährungsprogramms haben Somalia erreicht, weil sie militärisch geschützt wurden, woran sich auch die Bundeswehr beteiligt hat. Die Schiffe, die sich Konvois angeschlossen haben, sind sicher durch die Gewässer gefahren. Auch die Schiffe, die eigene Sicherheitsmaßnahmen ergriffen und erfahrene Besatzungsmitglieder, die gut bezahlt wurden, eingesetzt haben, sind sicher durch die Gewässer gekommen.

Es ist Ihnen nach dem Fazit, das man in Bezug auf Atalanta ziehen kann, überhaupt nicht gelungen, deutlich zu machen, warum Sie jetzt plötzlich – fünf Monate nachdem wir ein erfolgreiches Mandat beschlossen hatten – schon wieder eine Änderung erreichen wollen. Ich

finde das weder argumentativ richtig hergeleitet noch politisch angemessen. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die entscheidende Frage an dieser Stelle wäre doch gewesen: Müssen wir nicht in stärkerem Maße mit den Reedern – sie haben teilweise eine Ausflagung vorgenommen und bezahlen keine Steuern mehr an den Staat, von dem sie verlangen, etwas für ihre Sicherheit zu tun – darüber sprechen, dass sie beachten müssen, dass es sich um gefährliche Gewässer handelt? Auch sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass ihnen militärische Maßnahmen zur Verfügung stehen, damit sie – das war auch Ihr Fazit – geschützt durch diese Gewässer kommen.

Ich finde, man sollte doch bemerken – darauf haben auch Sie zu Recht während Ihrer Rede hingewiesen –, dass die Anzahl der Piratenangriffe auf diese Schiffe zurückgegangen ist. Es gibt also ein erfolgreiches Mandat, aber Sie bereiten hier im Bundestag den Weg für ein neues Mandat. Wir sind in den bisherigen Beratungen eben nicht überzeugt worden, dass es sinnvoll ist, diesem neuen Mandat zuzustimmen. Das finde ich sehr leichtfertig. Diesen Vorwurf muss ich der Regierungskoalition machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will Sie daran erinnern: Der SPD-Fraktion wird vorgeworfen, dass sie sich hier sozusagen aus der Verantwortung stiehlt. (D)

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Machen wir doch gar nicht!)

Bisher haben wir als SPD-Bundestagsfraktion – das galt auch für die letzte Abstimmung – diesem Mandat ohne Gegenstimme immer zugestimmt. Es gab doch im Grunde genommen Konsens in diesem Hohen Haus; denn auch wir sind der Meinung gewesen, dass das Atalanta-Mandat richtig ist. Wenn Sie jetzt sagen, wir würden das alles wegen der Landtagswahlen machen, dann fällt das auf Sie zurück. Bei der Erteilung militärischer Mandate haben wir Ihre Art zu denken in einem ähnlichen Zusammenhang schon zweimal erlebt. Sie hätten den Antrag zur Verlängerung des Mandats ja erst nach den Landtagswahlen einbringen können. Das lag doch in Ihren Händen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich offeriere Ihnen an dieser Stelle ein Angebot: Stellen Sie das Mandat nicht in der nächsten Sitzungswoche zur Abstimmung, sondern erst nach den Landtagswahlen. Dennoch würden wir unsere Kritik, die wir bereits formuliert haben – wir werden den Antrag auch in den Ausschüssen kritisch hinterfragen –, weiterhin aufrechterhalten.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie die Zwischenfrage des Kollegen Stinner zulassen?

(A) **Dr. Rolf Mützenich (SPD):**
Ja, bitte.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Bitte.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Vielen Dank, Herr Kollege Mützenich. Erstens. Ich habe Ihre Fraktion in meiner Rede bewusst nicht angesprochen, weil ich keine Schärfe und keine parteipolitische Konfrontation in die Debatte bringen wollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens. Ich habe in meiner Rede mit keinem Wort die Landtagswahlen erwähnt. Die Landtagswahlen sprechen Sie in dieser Debatte als Erster an. Das ist sehr interessant.

Sehr geehrter Herr Mützenich, Sie haben angedeutet, dass Sie den Antrag ablehnen werden. Ich glaube noch nicht daran, dass Sie ihn ablehnen werden; aber wir werden es ja sehen. Schauen wir einmal, wie Sie sich nachher entscheiden werden. Ich möchte Ihnen Folgendes vorschlagen: Nachdem Sie den Antrag abgelehnt haben, was Sie hier angedeutet haben, gehen wir gemeinsam zu den Reedern und zu deutschen Industrieunternehmen. Dann können Sie denen erklären, warum die sozialdemokratische Partei nicht mehr bereit ist, an der Pirateriebekämpfung teilzunehmen. Dann können Sie denen sagen, dass Ihnen eine gewisse Ergänzung und Erweiterung des Mandates nicht passt. Auf die Debatte, lieber Herr Mützenich, freue ich mich außerordentlich.

(B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Jetzt müssen wir ablehnen! Ich glaube, nach der Bemerkung müssen wir ablehnen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ein letzter Punkt – jetzt wird es ganz merkwürdig –: Herr Mützenich, Sie haben vorgeschlagen, dass wir über den Antrag nicht in der nächsten Woche, sondern erst nach den Landtagswahlen abstimmen. Ich habe noch sehr gut im Ohr, was Sie, lieber Herr Kollege Mützenich, vor 14 Tagen oder drei Wochen gesagt haben. Sie haben genau das Gegenteil gesagt.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Richtig!)

Als die Obleute darüber gesprochen haben, wann der Antrag zur Verlängerung des Mandats eingebracht wird, haben wir zu bedenken gegeben, dass der Außenminister an der Debatte vielleicht nicht teilnehmen kann, wenn sie am heutigen Tag stattfindet. Damals ist von Ihrer Seite gesagt worden: Warum? Wir erwarten, dass ihr die Sache möglichst schnell voranbringt. – Heute stellt sich derselbe Herr Mützenich hier hin und sagt: Nein, wir können die Abstimmung auch verschieben.

Liebe Kollegen von der sozialdemokratischen Partei, ich bin sehr gespannt auf Ihren Meinungsbildungsprozess. Herr Steinmeier wird sich dazu sicherlich auch einlassen. Falls Sie ablehnen, was ich nicht glaube – wir werden es ja sehen –, werden Sie mit uns zu den Reedern

und den deutschen Industrieunternehmen gehen und denen erklären, warum Sie sich von dem Solidaritätsprinzip und der Bekämpfung der Piraterie verabschieden. Dabei wünsche ich Ihnen viel Glück. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Sie können sich setzen! Das war doch keine Frage!)

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Ich nehme das gerne auf, Kollege Stinner. – Frau Präsidentin, wenn ich genauso lange antworten darf, wie der Herr Kollege Stinner gefragt hat, wird mir das bei meiner Argumentation entgegenkommen.

Ich möchte Ihnen erstens Folgendes sagen: Nicht die Obleute bringen einen Antrag zur Verlängerung eines Mandats ein, sondern die Bundesregierung. Die Bundesregierung hat diesen Antrag in dieser Sitzungswoche eingebracht, und wir unterhalten uns darüber. Wir diskutieren und wägen ab. Ich finde, das sollten Sie beachten. Dass der Bundesaußenminister heute nicht anwesend ist, habe ich gar nicht kritisiert. Ich habe genau darauf geachtet, das nicht zu tun. Wenn Sie der Meinung sind, dieses Mandat hier auf diese Weise begründen zu müssen, dann können Sie das tun.

Zweitens. Es geht doch überhaupt nicht darum, wer wo mit wem gesprochen hat, wer zum Beispiel mit Reedern gesprochen hat. Natürlich sprechen wir mit Reedern. Wir bringen in dieser Woche einen Antrag ein, der von vielen Politikern aus dem Norden, aber auch von Innenpolitikern und Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses erarbeitet wurde und der deutlich macht, dass wir wollen, dass die Reeder eigene Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, und zwar aufgrund der Erfahrungen, die mit Atalanta gesammelt wurden. Deswegen verfolge ich diese Diskussion mit großem Interesse. (D)

Der entscheidende Punkt ist aber ein anderer – auf diesen Punkt sind Sie nicht eingegangen –: Atalanta hat eine abschreckende Wirkung. Das Atalanta-Mandat birgt aber auch – das wurde in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich – zusätzliche Risiken. Es stellen sich daher eine Menge Fragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist interessant, Herr Kollege Stinner, dass Sie weder in Ihrer Frage noch in Ihrer Rede darauf eingegangen sind, dass die anderen beteiligten internationalen Organisationen wie zum Beispiel die NATO oder einzelne Nationen, die auch die Piraterie bekämpfen, nicht an Land gehen. Die NATO hat ausdrücklich gesagt: Wir wollen die Pirateriebekämpfung auf See. Wenn Sie so felsenfest hinter diesem Mandat stehen, wie Sie behauptet haben, hätten Sie hier einmal erklären sollen, warum die EU und insbesondere die Bundesregierung dazu eine vollkommen unterschiedliche Auffassung haben. Das gehört, glaube ich, zu einer redlichen Diskussion dazu. Sie machen aus einem Mandat, das sich in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt hat, etwas, das wir nicht mittragen können.

Dr. Rolf Mützenich

(A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das habe ich Ihnen jetzt deutlich gemacht. Wir werden Ihnen das auch in den Ausschussberatungen noch einmal vor Augen führen.

In der Tat, Kollege Stinner, Sie haben die Bundesregierung aufgefordert – das unterstütze ich –, mehr in den anderen Bereichen zu tun; das würde die Operation Atalanta noch erfolgreicher machen. Sie haben darauf hingewiesen, dass zwar auf der einen Seite die Zahl der Piraterieangriffe zurückgegangen ist, aber auf der anderen Seite die Höhe der Lösegeldzahlungen, die für entführte Schiffe geleistet worden sind, angestiegen ist. Nur ganz wenig von diesem Geld ist nach Somalia geflossen; es geht an die Hintermänner. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Bundesregierung auffordern – Sie können in dieser Hinsicht viel mehr erreichen als die Opposition –, hier mehr zu tun.

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Ich setze mich jetzt! Das war nicht meine Frage!)

Es ist ein Versäumnis der Bundesregierung, dass in den letzten Jahren zu wenig im regionalen Umfeld und insbesondere bei der Bekämpfung der Kriminalität getan wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch etwas kann ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, nicht ersparen. Sie haben über die Obleutegespräche berichtet. In den Telefonaten, die die Obleute geführt haben, wurden von uns bezüglich der Entwicklung des Mandates sehr kritische Fragen gestellt.

(B)

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Von uns auch!)

Ich kann mich daran erinnern, dass einzelne Kollegen nach den Grenzen dieses Mandats in Somalia gefragt haben. Darauf wurde vonseiten der Bundesregierung geantwortet: Das können wir nicht sagen, weil es der Geheimhaltung unterliegt. – Das hatten wir zu dem Zeitpunkt akzeptiert. Wir akzeptieren aber nicht, dass Sie ausgewählte Medien hier in Deutschland noch vor dem Parlament darüber informieren, dass es eine 2-Kilometer-Zone an der Küste geben soll, in der die Bekämpfung erfolgen kann. Dieses Vorgehen stellt eine Missachtung des Parlaments dar; dieser Umgang mit dem Mandat ist so nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotz zahlreicher Bedenken auch in Ihren Reihen – diese wurden in Ihrer Rede deutlich – hatten Sie nicht den Mut, den Strategiewechsel zu verhindern. Versäumnisse und Fehler haben Ihnen die Souveränität und die Bewegungsfreiheit genommen. Sie haben den Kompromiss einer berechenbaren und angemessenen Außen- und Sicherheitspolitik leichtfertig über Bord geworfen. Mit dieser Situation werden Sie leben müssen, wenn in der nächsten Sitzungswoche über die Verlängerung des Mandats abgestimmt wird.

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort für die Bundesregierung hat Dr. Thomas de Maizière.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Mützenich hat daran erinnert: Vor fünf Monaten haben wir gemeinsam über das Mandat zur Operation Atalanta beraten. Wir haben es gemeinsam erarbeitet, darüber entschieden und es verantwortet. Auch jetzt geht es wieder darum, ein Stück Verantwortung zu übernehmen. Ich begründe den Antrag heute – Sie haben darauf hingewiesen – auch im Namen meines Kollegen Westerwelle, der im Ausland ist. Er wird in der zweiten und dritten Lesung sprechen. Das ist, glaube ich, in Ordnung.

Wir wollten unseren Beitrag dazu leisten, die Schiffe der Welthungerhilfe sicher nach Somalia zu bringen. Das ist gelungen. Wir wollten dazu beitragen, dass der für die zivile Seefahrt wichtige Golf von Aden sicher bleibt. Davon ist vieles gelungen. Wir waren davon überzeugt, dass das Mandat unserer internationalen Verantwortung entspricht, und wir sind es auch für die Zukunft.

(D)

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr haben ihren Auftrag für uns hervorragend erfüllt und zum großen Erfolg der Mission beigetragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Erfolg war nur möglich, weil wir von Zeit zu Zeit die Mittel und den Umfang des Einsatzes angepasst haben. Das ist, ehrlich gesagt, das Normalste von der Welt. Wir haben das auch letzten Sommer getan; Herr Stinner hat darauf hingewiesen. Wir haben das Mandat robuster gemacht, was Zustimmung gefunden hatte. Auch das hatte Erfolg. Dabei ist es übrigens nie zu einer Eskalation gekommen, wie manche prophezeit hatten. Das Vorgehen war geeignet und verhältnismäßig. Es ist auch immer so gehandhabt worden.

Diesem Anspruch wollen wir auch jetzt Rechnung tragen, wenn es um die Einbeziehung der Küstenstreifen geht. Es handelt sich um eine kleine Ausweitung, eine kleine sinnvolle zusätzliche militärische Option – so habe ich es in Brüssel bezeichnet –, um die Nachhaltigkeit des Einsatzes unserer Streitkräfte zu erhöhen. Ich sage Ihnen: Eine Option mehr ist besser als eine Option weniger. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Interessanterweise sehen das alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union genauso, egal wie sie regiert werden; sonst wäre es nämlich nicht zu einem solchen Ratsbeschluss gekommen. Von daher muss sich jeder hier im

Bundesminister Dr. Thomas de Maizière

- (A) Hause überlegen, ob er klüger ist als 26 oder 27 Regierungen in Europa.

(Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Die nehmen aber doch gar nicht alle teil! – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Interessant! Auf das Argument kommen wir noch zurück! Ich sage nur: Finanztransaktionsteuer! – Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran werden wir Sie bei Gelegenheit erinnern!)

– Okay. Sie können auf dieses Argument gerne zurückkommen. Da Sie jetzt wahrscheinlich auf die Finanzkrise anspielen, will ich es etwas anders sagen: Herr Mützenich, wenn wir uns so verhalten wie die anderen 27 Staaten,

(Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Fünf Staaten!)

dann können Sie nicht sagen, wir würden den Konsens brechen. Vielmehr müssen Sie sich dann überlegen, wer den Konsens bricht, falls Sie das tun wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wahr ist: Wir sollten nicht davon reden, dass es hier eine neue Qualität und Intensität gibt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Bartels [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ob man ein Schiff auf dem Wasser, am Ufer oder am Strand bekämpft, ist qualitativ das Gleiche; da sehe ich keinen großen Unterschied.

- (B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Herr Minister de Maizière?

Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister der Verteidigung:

Sofort. Ich lasse die Frage gleich gerne zu. – Das ist kein Luft-Boden-Krieg, und das ist kein Spiel mit dem Feuer, wie einige gesagt haben. Auch dazu würde ich gerne noch einen Satz sagen: Der Einsatz von Soldaten ist nie ein Spiel mit dem Feuer; dafür ist dieses Thema zu ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Jan van Aken [DIE LINKE]: Doch! Immer! – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Immer!)

– Nein. Das ist aber sehr interessant. Wenn Sie den Einsatz von Soldaten als „Spiel“ bezeichnen, dann sollten Sie darüber wirklich noch einmal nachdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jan van Aken [DIE LINKE]: Es geht um das Feuer!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Herr Kollege Bartels, bitte schön.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):
Herr Minister, hat denn die Bundesregierung in den europäischen Verhandlungen über den neuen Opera-

tionsplan bzw. die neuen Möglichkeiten im Rahmen des Atalanta-Mandats die Haltung eingenommen, dass auch am Strand gewirkt werden soll, oder welche Haltung hat die Bundesregierung in den europäischen Verhandlungen eingenommen? (C)

Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister der Verteidigung:

Es war in den europäischen Verhandlungen so, dass dieser Vorschlag von anderen gemacht worden ist. Wir hatten durchaus das eine oder andere Bedenken; das haben wir auch öffentlich gemacht. Wir haben diese Bedenken so durchgesetzt, dass sie jetzt Gegenstand des Mandates sind. Dann haben wir dem zugestimmt. Das war der Gang der Verhandlungen.

Ich will auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel und auf die Gefahren eingehen. Einige sagen: Es besteht die Gefahr von Kollateralschäden

(Zuruf von der LINKEN)

– Einen Moment! Hören Sie erst einmal zu, bevor Sie etwas sagen. Ich setze mich ja gerade mit dem Argument auseinander.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Es geht um die Begriffe!)

Wenn Sie sagen, dass beim Wirken am Strand ein hohes Risiko von Kollateralschäden besteht, dann sage ich Ihnen: Es gibt auch ein hohes Risiko von Kollateralschäden beim Wirken auf See.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Genau!)

Deswegen können Sie ganz gegen den Einsatz sein. Aber dass es eine zusätzliche Gefahr gibt, weil wir Infrastruktur am Strand bekämpfen, ist so nicht richtig. Auch beim Wirken auf See wissen wir beispielsweise nicht, ob sich Unschuldige auf einem Boot aufhalten oder nicht. Die Soldaten sind allerdings sehr verantwortlich mit dieser Situation umgegangen. Genau das werden sie auch beim Wirken am Strand tun. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Mützenich, ich will gerne zu Ihrem Vorwurf, wir hätten mit den Medien gespielt, Stellung nehmen. Das ist falsch. Es war die Bundesregierung, die in den europäischen Verhandlungen gesagt hat: Ihr könnt gerne etwas in die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages geben. Aber es dauert keine fünf Minuten, bis von irgendwelchen klugen Leuten in Brüssel in Hintergrundgesprächen die Zahl 2 000 ins Gespräch gebracht wird. – Daher war unsere Position: Lasst es uns selber offenlegen. – Genau so ist es gekommen, und genau so haben wir es vertreten. Die Formulierung lautet übrigens „bis zu 2 000 Meter“ und nicht „2 000 Meter“.

Ich möchte gerne meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass wir die Kraft haben, gerade bei diesem Mandat wieder einen Konsens zu erzielen. Obwohl ich weiß, dass dies auch bei uns ein bisschen umstritten ist, sage ich: Eine Enthaltung ist besser als eine Ablehnung. Aber eine Zustimmung ist das Beste, auch für die Soldaten. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt das Wort der Kollege Jan van Aken.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan van Aken (DIE LINKE):

Herr de Maizière, ich möchte zunächst auf drei Punkte eingehen, zu denen Sie hier schlichtweg etwas Falsches gesagt haben:

Erstens. Es gab hier noch nie einen Konsens über die militärische Bekämpfung von Piraterie. Die Linke hat das Mandat von Anfang an abgelehnt. Es war von Anfang an falsch und wird jetzt noch falscher.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Zu dem, was Sie über Kollateralschäden gesagt haben: Herr de Maizière, erinnern Sie sich an Kunduz? Spätestens seit Kunduz wissen wir alle in Deutschland, dass Sie in dem Moment, in dem Sie aus der Luft Ziele an Land bombardieren, immer auch die Zivilbevölkerung gefährden. Genau das wird natürlich auch in Somalia passieren, wenn jetzt deutsche Soldaten aus deutschen Hubschraubern Ziele an Land bombardieren dürfen. Natürlich können sie von oben nicht erkennen, ob Menschen in der Nähe sind und wo sie sich vielleicht befinden. Sie können nicht erkennen, ob die Boote dort unten vielleicht Fischerboote von harmlosen Fischern sind. Das kann man nicht ausschließen. Sie als Militär wissen – das gilt für alle Ihre Militärs –

(B) (Markus Grübel [CDU/CSU]: Der Herr Minister ist kein Militär!)

Wenn Sie aus der Luft schießen, dann gibt es immer auch Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung.

Drittens. Herr de Maizière, Sie haben jetzt wieder gesagt, das sei „eine kleine sinnvolle zusätzliche militärische Option“. Ich finde es nicht klein, wenn man einen Krieg an Land trägt, und sinnvoll ist das schon gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Was Sie mit dem neuen Mandat vorhaben, ist nichts anderes als eine Kriegserklärung an die somalische Küstenbevölkerung.

(Dr. Karl A. Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU]: Lieber Gott! – Zurufe von der FDP: Oh!)

Genau so werden das die Menschen in der Küstenregion in Somalia empfinden. Sie werden sich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt fühlen. Was glauben Sie denn, wie die somalische Bevölkerung auf ein solches Bombardement ihrer Umgebung reagieren wird?

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Bombardement? Herr van Aken, es gibt dort keine Bomben! Es gibt keine Bombardierung!)

Ich darf noch einen vierten Fehler berichtigen, der von allen Seiten gemacht wurde, auch vonseiten der SPD: Die Operation Atalanta, diese militärische Bekämpfung von Piraterie, war überhaupt nicht erfolgreich.

Sie alle kennen die Zahlen des Internationalen Maritimen Büros. Anhand dieser Zahlen sehen Sie, dass die Zahl der Angriffe der Piraten Jahr für Jahr, seit diese Operation läuft, kontinuierlich zugenommen hat. Das heißt, Ihre militärische Bekämpfung ist durchweg gescheitert, und Sie wissen das.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Brand [CDU/CSU]: So eine unsägliche Rede!)

Am meisten beunruhigt mich: Anstatt diesen Einsatz, der von Anfang an falsch war, jetzt endlich zu beenden, tun Sie genau das Gegenteil. Jedes Jahr erweitern Sie diesen Einsatz und sein Operationsgebiet. Dieses Jahr kommen Angriffe an Land dazu. Ehrlich gesagt fürchte ich mich schon davor, was Sie uns in einem Jahr wieder Neues vorschlagen.

(Dr. Karl A. Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU]: Was schlagen Sie denn vor? – Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Herr van Aken, was schlagen Sie denn vor?)

Eines möchte ich noch zur rechtlichen Situation sagen, weil Herr Stinner gesagt hat, es gebe jahrtausendealtes Gewohnheitsrecht auf See. Herr Stinner, wir halten uns jetzt einmal an das Seerechtsübereinkommen. Danach dürfen Sie Piratenschiffe tatsächlich aufbringen. Sie dürfen auch das Material von Piratenschiffen beschlagnahmen, Sie dürfen es aber nicht zerstören. Schon heute werden im Rahmen der Operation Atalanta Boote zerstört, obwohl eine unmittelbare Gefahrenlage gar nicht vorliegt und es keine Notwehrsituation gibt. Das ist im Seerechtsübereinkommen nicht vorgesehen.

(D)

Wenn Sie jetzt auch noch aus der Luft irgendwelche Tanklager beschießen, dann ist das keine Beschlagnahme nach dem Seerechtsübereinkommen. Das ist eine illegale Zerstörung und nicht juristisch gedeckt, Herr Stinner. Das wissen auch Sie ganz genau.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Günter Gloser [SPD]: Die neue Piratenpartei!)

Zur Erinnerung: Piraterie ist organisierte Kriminalität. Sie muss bekämpft werden, aber militärisch können Sie Kriminalität nicht bekämpfen. Das wissen wir alle aus den Erfahrungen der letzten vier Jahre.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Wie können wir sie denn bekämpfen?)

Die Ursache der Piraterie ist uns allen bekannt. Sie liegt natürlich in dem 20-jährigen Bürgerkrieg in Somalia, in Rechtlosigkeit, in Armut und in Hunger. Herr Stinner, sie liegt auch darin, dass europäische Fischfangflotten jahrelang vor Ort die Fischgründe leergefischt und viele Menschen in die Arme der Piraten getrieben haben.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Das hat der Herr Stinner doch entkräftet!)

Weil die Situation so ist, lässt sie sich doch nur politisch lösen. Herr de Maizière, Ihr Kollege Westerwelle sagt übrigens seit vier Jahren: Das muss politisch gelöst werden. Das Problem ist doch, dass Sie seit vier Jahren

Jan van Aken

- (A) nichts, aber auch gar nichts für eine politische Lösung tun.

(Joachim Spatz [FDP]: Das ist doch falsch!)

Kommen Sie mir jetzt nicht mit Ihrem umfassenden Lösungsansatz für Somalia, von dem ich hier im Bundestag seit zweieinhalb Jahren höre. Das Einzige, was an Ihrem Ansatz für Somalia umfassend ist, ist der militärische Einsatz. Sie bilden somalische Soldaten aus, Sie finanzieren eine internationale Truppe in Somalia mit sehr viel Geld, und jetzt rüsten Sie die Operation Atalanta auch noch für einen immer offensiveren Kriegseinsatz aus.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Das ist so unsäglich!)

Das ist der einzige umfassende Ansatz, den Sie in Somalia haben.

Allein für die Pirateriebekämpfung wollen Sie jetzt 100 Millionen Euro ausgeben. Ich sage Ihnen: Diese 100 Millionen Euro wären viel besser in die Unterstützung der lokalen Wirtschaft in Somalia und in einen vernünftigen innersomalischen Friedensdialog investiert;

(Beifall bei der LINKEN)

denn das ist der einzige Weg, mit dem Sie das Töten in Somalia beenden können und mit dem Sie auch das Piraterieproblem lösen können.

- (B) Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte, nicht in die Region am Horn von Afrika und auch nirgendwo anders hin.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Omid Nouripour von Bündnis 90/Die Grünen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden nun innerhalb eines halben Jahres das zweite Mal über die Atalanta-Mission. Die Atalanta-Mission, über die wir im November eigentlich alles Notwendige gesagt hatten, ist erfolgreich gewesen und ist es bis heute. Die Piraten sind zurückgedrängt worden. Kollege van Aken, Sie sollten vielleicht auch die Zahl der nicht erfolgreichen Angriffe erwähnen. Das haben Sie einfach weglassen. Die Schiffe des World Food Programme wurden geschützt. 1 Million Menschen sind auf diese Lebensmittel angewiesen. Es gehört zur Redlichkeit dazu, auch das zu erwähnen.

(Beifall des Abg. Dr. Karl A. Lamers [Heidelberg] [CDU/CSU])

Auch das Leben der Seeleute ist unterm Strich ein wenig sicherer geworden.

Diese Mission hat deshalb breite Unterstützung in diesem Hohen Hause gefunden, weil das bisher eigentlich eine gute Mission war. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung aber macht aus einem guten Mandat ein schlechtes. So und nicht anders wird der Konsens in diesem Hohen Hause aufgekündigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen ist das nicht das erste Mal. Bei der Operation Active Endeavour war das genauso – Sie erinnern sich –: Dabei stand zur Abstimmung, dass die weltberühmten Untersee-Ausbildungslager der Terroristen von deutschen U-Booten zerstört werden sollten. Es ist nicht das erste Mal, dass Sie ein Mandat so versemeln, dass es nicht mehr möglich ist, ihm zuzustimmen.

Herr Altmaier hat neulich gesagt, es sei doch gute Tradition, dass es für solche Missionen eine breite Mehrheit gebe. Es ist wünschenswert – das höre ich auch von den Soldaten –, dass Missionen eine breite Unterstützung finden. Aber es gibt eine wichtigere gute Tradition, nämlich ganz genau hinzuschauen, was in einem Mandatstext steht und ob dieses Mandat tragbar ist, ob es um eine Anpassung geht oder ob es am Ende doch ein militärisches Abenteuer ist, was da beschlossen werden soll. Das werden wir von Mal zu Mal und bei jeder Mission tun. In diesem Fall kann ich nur sagen: Das Beste für die Soldatinnen und Soldaten ist es, wenn wir diesem Mandat nicht zustimmen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zur Terminologie. Zuerst hieß es, der Aktionsradius der Mission solle auf den Strand ausgeweitet werden. Dann sollte dieser Begriff präzisiert werden. Jetzt geht es um 2 Kilometer. Das lässt für die Wirtschaftsperspektive im Fremdenverkehr hoffen. Aber leider ist das gar nicht so lustig, weil diese Grenze absolut willkürlich gesetzt ist.

Es heißt, es gebe Aufklärung aus der Luft. Ich habe jetzt gelesen, dass ein Staatssekretär gesagt hat, es gehe darum, „Schiffchen“ am Strand unschädlich zu machen, die unmittelbar vor einem Einsatz stehen. Wenn sie unmittelbar vor einem Einsatz stehen, aber kein Mensch in der Nähe sein soll, dann verstehe ich nicht, wie das gehen soll.

Der Herr Außenminister hat letzte Woche gesagt, es sei doch nicht sinnvoll, zwar die Waffen auf hoher See, aber die nicht am Strand bzw. an Land zu zerstören. Ich weiß nicht, was für eine Vorstellung er von diesen Waffen hat. Wir reden hier nicht über schweres Geschütz oder über Artillerie. Es geht um leichte Waffen. Glauben Sie im Ernst, die Piraten türmen ihre Maschinengewehre an Land haushoch auf, gehen dann abends nach Hause und lassen ihre Waffen liegen, sodass man sie über Nacht zerstören kann? Das, was Sie hier erzählen, macht doch überhaupt keinen Sinn. Es ist aus unserer Sicht zu-

Omid Nouripour

- (A) dem nicht möglich, aus der Luft so zuverlässig aufzuklären, dass es tatsächlich keine zivilen Opfer gibt.

Es ist aber auch hochdramatisch, zu lesen, dass jetzt Hubschrauber bis zu 2 Kilometer in das Landesinnere mit Waffen eindringen, die einen deutlich kleineren Radius haben.

(Elke Hoff [FDP]: Laut Herrn van Aken mit Bomben! – Gegenruf des Abg. Jan van Aken [DIE LINKE]: Haben Sie das ausgeschlossen?)

Es ist nicht ganz klar, wie der Schutz der Soldaten an Bord dieser Hubschrauber tatsächlich gewährleistet werden soll. Es ist auch noch immer nicht ganz klar, wie die Schadensanalyse aussehen soll. Weil wir eben nicht an Land sind, ist es durchaus möglich, dass die Piraten, die auch aufmerksam Zeitung lesen, behaupten, es habe zivile Opfer gegeben. Ich sehe nicht, wie es, ohne an Land zu sein, möglich sein soll, dem gegenzuhalten.

Sie riskieren die moralische Akzeptanz einer guten Mission mit einer Komponente, die von vorne bis hinten nicht durchdacht ist, und verspielen nebenbei auch noch die Möglichkeit, über Somalia zu reden: über die regionalen politischen Ansätze, die überfällig sind, über die Raubfischerei, die natürlich keine Legitimation dafür ist, dass Menschen zu Verbrechern werden, die aber zu einem ernsthaften Problem an Land führt, über die Giftmüllverklappung und über die Milizen und wie wir mit ihnen umgehen sollen.

- (B) Das Problem ist: Sie wissen es eigentlich selbst besser, aber die Bundesrepublik Deutschland hat nicht das Gewicht und den Gestaltungsspielraum, bei der Missionserweiterung, die Sie selbst für falsch erachten, in Brüssel zu sagen: Nein, da machen wir nicht mit.

Das ist das Dramatische an dieser Debatte. Dafür müssen Sie selbst aufkommen. Sie müssen die Konsequenzen selber tragen. Dafür brauchen Sie unsere Stimmen nicht, und dafür werden Sie unsere Stimmen auch nicht bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Das ist wirklich traurig!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Niedersachsen, Uwe Schünemann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Uwe Schünemann, Minister (Niedersachsen):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Bekämpfung der Seepiraterie ist eine nationale Aufgabe. Deutschland ist hierbei in ganz besonderer Weise gefordert. Denn laut Bericht der Bundespolizei aus dem Jahr 2011 waren deutsche Reedereien neben denen aus Singapur am häufigsten von Seeräuberattacken betroffen.

- Warum habe ich mich als niedersächsischer Innenminister zu Wort gemeldet? (C)

(Christoph Strässer [SPD]: Das ist eine gute Frage! – Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Das fragen wir uns auch!)

Erstens ist Niedersachsen der zweitgrößte maritime Standort mit 160 Reedereien, die in der Vergangenheit häufig Opfer von Entführungen und Angriffen waren.

Dadurch, dass Niedersachsen Reedereistandort ist, haben wir zweitens eine landespolizeiliche Zuständigkeit. Mitarbeiter des Landeskriminalamtes waren vor Ort. Ich habe mir anschließend berichten lassen, was dort tatsächlich passiert. Dabei ist mir völlig klar geworden: Es geht nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um das Risiko für Leib und Leben.

Es ist wahr, dass in der Regel keine deutschen Besatzungen betroffen sind, aber das sollte uns in dieser Frage nicht kümmern. Es geht darum, dass tatsächlich jeder zu jeder Zeit damit rechnen muss, dass er entführt, verletzt oder sogar getötet wird. Wenn man entführt wird, kommt es zu Scheinhinrichtungen, Erpressung und vielem anderen mehr.

Deshalb ist es notwendig, dass wir alles daransetzen, die Seepiraterie zu bekämpfen. 140 Millionen Dollar Lösegeld wurden im Jahr 2011 gefordert. Insofern ist klar: Wenn es so lukrativ ist, dann geht es nicht nur um organisierte Kriminalität, sondern wir müssen befürchten, dass sich auch islamistische Terroristen dafür interessieren. Wir müssen auf jeden Fall alles daransetzen, dass nicht mit Lösegeld von deutschen Reedereien sogar noch islamistischer Terrorismus finanziert wird. Deshalb ist es eine entscheidende Frage, dass Sie im Parlament geschlossen reagieren. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Worum geht es? Es geht darum, eine Resolution der Vereinten Nationen umzusetzen.

(Heidmarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Ach!)

Denn die Antipiraterieresolution der Vereinten Nationen sagt durchaus, dass die Piraterie an Land bekämpft werden sollte.

Gespräche mit den Reedereien, und zwar nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in Hamburg, Herr Dr. Stinner, haben dazu geführt, dass dies auch parteiübergreifend gewünscht wird. Auch mein Kollege in Hamburg, Senator Neumann, hat ein robustes Mandat an Land gefordert. Ich kann mir vorstellen, dass auch er beim nächsten Mal an dieser Stelle steht und die SPD-Fraktion aufklärt, was es bedeutet, sich der Stimme zu enthalten oder vielleicht sogar dagegen zu stimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Es ist nicht Ihres Amtes, von der Bundesratsbank so zu argumentieren!)

– Aber ich glaube, dass es, weil die Interessen der Reedereien in Niedersachsen und Hamburg betroffen sind,

Minister Uwe Schünemann (Niedersachsen)

- (A) sinnvoll ist, daran zu erinnern, dass dies eine nationale Aufgabe ist und dass wir uns wünschen, dass die deutsche Marine ein breites Mandat hat.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Des Bundesrates! Aber nicht, wie einzelne Fraktionen dieses Hauses abstimmen!)

Das ist auch in unserem Interesse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb bin ich froh, dass es bisher eine breite Zustimmung zur Operation Atalanta gibt.

Lassen Sie mich daran erinnern, dass es ein ganzheitliches Konzept geben muss. Es ist wahr: Die Reeder müssen einen Selbstschutz organisieren. Ich bin froh, dass es bei der Bundespolizei ein Präventionszentrum gibt. Genauso notwendig ist es, dass wir die Möglichkeit eröffnen, private Sicherheitsdienste zur Verfügung zu stellen. Ich darf daran erinnern, dass der Bundesrat erst kürzlich eine entsprechende Vorlage verabschiedet hat und hofft, dass die Bundesregierung und dieses Parlament so schnell wie möglich einen gesetzlichen Rahmen dafür schaffen; denn wenn private Sicherheitsdienste eingesetzt werden, ist ein besonderer Standard wichtig. Ich würde mich freuen, wenn hier so schnell wie möglich die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen würden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

- (B) Herr Kollege Schünemann, einen Moment bitte. Der Kollege Behrens von der Fraktion Die Linke möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

Uwe Schünemann, Minister (Niedersachsen):
Sehr gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Bitte schön.

Herbert Behrens (DIE LINKE):

Herr Minister Schünemann, Sie haben ein Gespräch mit Reedern in Hamburg erwähnt. Natürlich reden auch wir als Verkehrspolitiker in Berlin mit Reedern. Sie haben gesagt, die Reeder forderten ein robustes Mandat. Haben denn die Reeder auch den Waffeneinsatz an Land gefordert? Forderungen in diese Richtung sind in Gesprächen mit Reedern – das letzte fand vor zwei Tagen in der hamburgischen Landesvertretung statt – zumindest an mich nicht herangetragen worden. Die Reeder wollen eher das Gegenteil. Sie wollen Sicherheit und keinen Krieg an Land.

Uwe Schünemann, Minister (Niedersachsen):

Die Reeder wollen Sicherheit und deshalb ein ganzheitliches Konzept. Von den Reedern weiß ich, welche Bedeutung die Bewaffnung der Piraten für die Behandlung einer entführten Besatzung hat.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Frage!)

(C) Es geht hier nicht um Maschinengewehre, sondern zum Beispiel auch um Panzerfäuste. Vor diesem Hintergrund sind gerade die Reeder daran interessiert, dass die Seestreitkräfte und insbesondere die deutsche Marine in die Lage versetzt werden, die Piraterie nicht nur auf See, sondern auch auf Land zurückzudrängen, wenn notwendig, innerhalb eines Streifens von bis zu 2 Kilometern landeinwärts. Die Besatzungen und auch die Reeder sind froh, wenn sie nicht mehr den Gefahren der Piraterie ausgesetzt sind. Da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Abschließend müssen wir feststellen, dass der Kampf gegen die Seepiraterie wirtschaftliche, aber auch humanitäre Interessen und Sicherheitsinteressen beinhaltet. Es geht hier um organisierte Kriminalität. Ich will hoffen, dass es in Zukunft nicht auch noch um islamistischen Extremismus und Terrorismus geht. Wir wünschen uns jedenfalls hier breite Mehrheiten und robuste Mandate, sodass die deutsche Marine wirken kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Das war außerordentlich kontraproduktiv!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Rainer Arnold.

Rainer Arnold (SPD):

(D) Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon wahr: Atalanta zeigt Wirkung. Atalanta hat aber auch Schwächen. Für die Wirkung sagen wir den Soldaten Dankeschön, die eine wirklich gute Arbeit leisten. An der Beseitigung der Schwächen sollte die Bundesregierung allerdings arbeiten. Dazu gehören die Kontrolle der Finanzströme

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

und das Festsetzen der Hintermänner der Piraten; diese sitzen nicht am Strand.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, mit Wasserpfeife!)

Zudem müssen Atalanta und die Staatengemeinschaft glaubwürdig sein. Die Glaubwürdigkeit wird unterlaufen, wenn auf frischer Tat erappte Piraten nicht etwa als Kriminelle hinter Schloss und Riegel kommen, sondern am Strand wieder freigesetzt werden. Wo ist der deutsche Außenminister, der in New York dafür sorgt, dass es ein internationales Strafgericht zur Behandlung von Piraten gibt?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Verteidigungsminister sagt zu Recht: Die Änderung des Mandats muss geeignet sein und Wirkung haben. Dazu gehört aber noch etwas anderes. Es muss abgewogen werden, ob die Chancen einer Mandatsänderung in Bezug auf die Risiken verantwortbar sind.

Rainer Arnold

- (A) Herr Minister, hier gibt es eigentlich nur zwei Szenarien, über die wir reden müssen. Das erste Szenario ist positiv. Das bedeutet, dass Atalanta am Strand wirkungslos bleibt. Warum? Weil Piraten lernfähig sind. Sie werden ihre Utensilien auf einen Lastwagen verfrachten, um sie 2,5 Kilometer landeinwärts zu bringen. Das ist überhaupt kein Problem und kostet nicht viel. Noch schlimmer ist es, wenn sie sie in urbanes Gelände bringen und sie von der Luft aus nicht mehr erkannt werden können. Am schlimmsten ist es, wenn sie sich in ihrem Piraten-camp mit menschlichen Schutzschilden umgeben.

(Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Zum Beispiel mit Geiseln!)

Auch dann ist die Mission wirkungslos.

Die negativen Szenarien sind aber ganz anders, Herr Minister. Es stimmt einfach nicht, dass die Risiken am Strand und auf See gleich sind. Auch Herr Schockenhoff aus Ihrer Fraktion hat das fälschlicherweise behauptet. Auf See wird kein Schiff nur aufgrund von Luftaufnahmen beschossen; vielmehr wird ein Schiff auf See, das man der Piraterie verdächtigt, aufgefordert, zu stoppen, es wird geboardet und untersucht. An Land ist es anders. Jeder weiß, dass der Einsatz von militärischer Gewalt, wenn er nur auf Informationen beruht, die durch Luftbeobachtung gewonnen worden sind, immer das Risiko in sich trägt, aufgrund einer falschen Entscheidung getroffen worden zu sein. Wer die Bilder der Piratencamps sieht, stellt ganz schnell fest, dass sie nicht anders aussehen als die Lager, in denen die Fischer ihre kleinen Boote und Außenbordmotoren lagern. Deshalb ist das gefährlich. Wenn es Kollateralschäden gibt und unschuldige Menschen ums Leben kommen, wird die Mandatierung des an sich richtigen Einsatzes Atalanta gefährdet und delegitimiert.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Bilder von getöteten Zivilisten um die Welt gehen, dann haben wir alle miteinander ein Problem. Dieses Risiko gehen Sie ein.

Herr Schockenhoff sagt, das Risiko für die Hubschrauber sei auf See genauso groß. Das ist nun wirklich Unfug. Kein Pirat wird mit einer Handfeuerwaffe einen Hubschrauber auf See beschießen, wenn er weiß, dass in der Nähe eine Fregatte ist und er überhaupt keine Chance hat. Es gibt auf See auch nicht wie an Land einen Busch, hinter dem er sich gegebenenfalls verstecken kann. Nein, das Risiko für die Hubschrauber ist über Land größer. Wir setzen die Soldaten Gefährdungen aus. Wir haben auch gar nicht sauber geklärt, wie wir für ihren Schutz sorgen können und was passiert, wenn tatsächlich ein Konflikt entsteht. Was ich damit sagen will: Diese Landkomponente birgt das Risiko einer weiteren Eskalationsstufe, die im Kampf gegen Schwerkriminelle nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun wissen wir, Herr Minister, dass Sie in Brüssel sperrig waren. Sie selbst haben einmal in einem Inter-

view gesagt, Sie seien skeptisch. Ich glaube, Sie haben recht mit Ihrer Skepsis. Ich habe einfach den Eindruck, dass Ihre Zustimmung in Brüssel und das heutige Mandat etwas mit alten Fehlern zu tun haben. Sie müssen etwas wiedergutmachen, was Sie in der internationalen Politik verbockt haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weil Sie zu dem richtigen und notwendigen Mandat der Vereinten Nationen zu Libyen Nein gesagt haben,

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Da hätten Sie Ja gesagt?)

wollen Sie jetzt bei Atalanta keinen Konflikt mit den europäischen Partnern. Ich muss Ihnen klar sagen: Diesen Scherbenhaufen, den Sie in der Außenpolitik hinterlassen haben, müssen Sie schon selbst zusammenkehren.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Herr Arnold, das glauben Sie doch alles selber nicht!)

Sie müssen die Verantwortung und die Risiken für Atalanta selbst tragen. Wenn Sie gewollt hätten, dass Sozialdemokraten diesem Mandat insgesamt wieder eine breite politische Rückendeckung verschaffen, dann hätten Sie die Mandatserweiterung, die falsch ist und der wir nicht zustimmen werden, nie und nimmer mit dem alten Auftrag von Atalanta verbinden dürfen. Es gibt die gute Tradition, dass eine Mandatserweiterung während eines Mandatsjahres getrennt zur Abstimmung gestellt wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Dann hätten wir klar Nein zu dieser Erweiterung und ebenso klar Ja zum Kampf gegen Piraterie auf See gesagt, so wie bisher auch. Dies würden wir gerne tun, aber diese Möglichkeit nehmen Sie uns. Deshalb haben Sie auch die breite parlamentarische Unterstützung vergeigt. Das finden wir eigentlich schade.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt das Wort der Kollege Philipp Mißfelder von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Arnold, wie Ihr Ja zum Libyen-Mandat im UNO-Sicherheitsrat zu einem Nein zu Atalanta am heutigen Tag passen soll, müssen Sie mir erklären. Die Abstraktionsfähigkeit, darin eine konsistente Politik zu erkennen, besitze ich einfach nicht. Unser Vorwurf an Sie ist ganz klar: Sie versuchen, sich aus dem Staub zu machen. In Wahrheit steckt hinter Ihrem Verhalten, dass Sie nicht nur planen, aus diesem Mandat auszusteigen, sondern darüber hinaus auch planen, sich der Verantwortung für

Philipp Mißfelder

- (A) andere Mandate zu entledigen. Das ist etwas, was wir Ihnen so einfach nicht durchgehen lassen werden; das hat nämlich mit Wahlkampf und mit nichts anderem zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der einzige Punkt, bei dem ich mich Ihnen anschließen will, ist der Dank an unsere Soldatinnen und Soldaten. Ich sage ganz klar: Sie leisten dort erfolgreiche Arbeit. Deshalb schiebe ich auch kein Aber hinterher; es geht nur ein ganz klarer Dank an die Soldatinnen und Soldaten, die für uns dort einen großen Einsatz leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist in der Debatte zu Recht angesprochen worden, dass wir hier über etwas reden, was nicht allein von Deutschland auf den Weg gebracht worden ist. Wir haben auf europäischer Ebene gemeinsam mit unseren Freunden und unseren Partnern in Verantwortung darüber diskutiert, auch kritisch diskutiert, was für dieses Mandat und für notwendige weitere Schritte der Weg ist, den wir gemeinsam gehen können. Ich wette mit Ihnen: Wenn das in einer anderen Regierungskonstellation diskutiert worden wäre und ein Grüner oder ein Roter als Außenminister die Verantwortung getragen hätte,

(Dr. Rainer Stinner [FDP]: Um Gottes willen!)

- (B) dann wären auch Sie so verantwortungsbewusst gewesen und hätten diesen Schritt mitgetragen – trotz aller berechtigten kritischen Fragen. Ich weise die Fragen auch gar nicht zurück, sondern ich sage ganz klar: Wir müssen bei einem solchen Mandat wie bei allen Mandaten diskutieren. Aber mein Vorwurf an Sie heute geht dahin, dass Sie sich in der Parteienkonstellation, in der wir uns gerade befinden, vor der Verantwortung drücken. Deshalb: Gehen Sie bitte noch einmal in sich! Überlegen Sie vom heutigen Tage an noch einmal, ob Sie bei der abschließenden Beratung im Deutschen Bundestag in wenigen Tagen nicht vielleicht doch zustimmen! Diese Bitte möchte ich dann doch an Sie richten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Keine Hoffnung!)

Der Einsatz ist völkerrechtlich legitimiert. Er orientiert sich an unserer wertegebundenen Außenpolitik, weil wir damit auch Afrika einen Dienst erweisen. Wir tragen zur Stabilisierung des Kontinents bei, indem wir uns nicht nur bei diesem Mandat, sondern auch im Rahmen der weiteren politischen Dimension dieser Diskussion natürlich vor allem auch um die Ursachen dieses Phänomens der Piraterie und nicht nur um die Bekämpfung der Symptome kümmern.

Zu einer interessengeleiteten Außenpolitik gehört auch, dass man seine Interessen dort, wo sie attackiert werden, robust verteidigt. Herr Kollege Schünemann aus Niedersachsen hat vorhin schon Ihren Senator aus Hamburg, Herrn Neumann, erwähnt. Ich lese Ihnen das gern noch einmal vor; Kollege Rehberg war so nett, das herauszusuchen. Ich zitiere also wortwörtlich:

(C) Meine Forderungen an die Bundesregierung sind klar. Erstens muss unsere Marine vor dem Horn von Afrika verstärkt werden – eine Fregatte reicht nicht aus. Zweitens muss der Einsatz notfalls „robuster“ gestaltet werden, dabei müssen, wenn nötig, auch Basislager der Piraten angegriffen werden.

So der hamburgische SPD-Innensenator Michael Neumann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass der Senat in Hamburg in dieser wichtigen Frage der Pirateriebekämpfung wesentlich verantwortungsbewusster handelt – das soll aber mein einziges Lob für den Senat bleiben –, als das die SPD-Bundestagsfraktion an dieser Stelle tut. Ich glaube, dass der Weg, den Sie eingeschlagen haben, einfach der falsche ist.

(D) Wenn vitale Exportinteressen und Interessen einer Handelsnation wie Deutschland gefährdet werden, dann gehört es in einer erwachsenen, in einer wehrhaften Demokratie dazu, bereit zu sein, seine Interessen auch robust zu verteidigen. Das wird an dieser Stelle in hervorragender Art und Weise getan. Wir haben – auch das ist angesprochen worden – viele kritische Diskussionen mit Reedern hinter uns. Ich sage ganz klar: Ich danke der deutschen Bundeswehr und der deutschen Marine vor allem dafür, dass sie sich an dieser Stelle so einbringen; es ist eine im Kern hoheitliche Aufgabe, die Handelswege zu sichern; das ist nicht outzusourcen. Vor diesem Hintergrund ist die schwierige Abwägungsentscheidung, die wir bei jeder militärischen Diskussion, die wir hier führen, zu treffen haben, auch in diesem Fall richtig. Wir sagen, dass der Staat an dieser Stelle mehr Verantwortung trägt als beispielsweise private Sicherheitsdienste. Wir wollen, dass auch in Zukunft in erster Linie die Bundeswehr für solche Aufgaben genutzt wird, selbst wenn es überhaupt keine leichte Mission ist, die unseren Soldatinnen und Soldaten dort bevorsteht.

Abschließend ein Aspekt zu der Frage, warum wir glauben, dass es richtig ist, heute über die Einbringung neuer Maßnahmen im Rahmen von Atalanta zu diskutieren. Wir bekämpfen bisher nur die Symptome. Es hat auch kein Redner aus der Koalition für sich in Anspruch genommen, dass dieser Einsatz die Ursachenbekämpfung dauerhaft im Mittelpunkt hat. Kein Problem, das den Kontinent Afrika oder andere Regionen betrifft, werden wir rein militärisch lösen; die Probleme werden wir immer nur mit einem Gesamtansatz von diplomatischen und entwicklungspolitischen Initiativen lösen. Dass diese so zäh und schwierig vorangehen und die Entwicklung Somalias eher negativ als positiv ist, was das Phänomen der Piraterie betrifft, ist noch lange kein Grund, deshalb bei der Symptombekämpfung aufzugeben und sich aus der Verantwortung zu ziehen, sondern man muss an dieser Stelle seine Interessen deutlich machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-])

Philipp Mißfelder

- (A) NEN]: Das einzige Argument für die Erweiterung ist also der Hamburger Senator!)

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9339 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B)

(D)